

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Einleitung	1
§ 1 Problemstellung: Staatshaftung für die Verletzung von Gefahrvermeidungspflichten	2
Erster Teil: Übersicht zum Fallmaterial aus der Rechtsprechung.....	23
§ 2 Die Haftung für fehlerhafte Genehmigungen.....	24
§ 3 Die Haftung für Planungsfehler.....	42
§ 4 Die Haftung für Aufsichtsfehler.....	59
Zweiter Teil: Haftungsbegründung und Haftungsbegrenzung: das Problem der Risikoverteilung.....	79
§ 5 Übergreifende Strukturen der Fallgruppen	80
§ 6 Vertrauensschutz als haftungsbegründendes Moment.....	92
§ 7 Argumente für eine Haftungsbegrenzung und ihre Ambivalenz....	107
§ 8 Das Problem der Risikoverteilung.....	131

Dritter Teil:**Der haftungsrechtliche Maßstab: Risikoverteilung
als Zurechnungsprinzip..... 143****§ 9 Der Gedanke der Risikoverteilung im Gefüge der
Haftungsfunktionen..... 144****§ 10 Verwaltungsrechtliche und haftungsrechtliche Maßstäbe 165****§ 11 Defizite bisheriger Kriterien im Bereich staatlicher
Gefahrvermeidung 193****§ 12 Notwendigkeit einer Abgrenzung von Risikosphären..... 215****Vierter Teil:****Entwicklung eines amtshaftungsrechtlichen
Gefahrvermeidungstatbestandes 229****§ 13 Vergleichende Analyse zivilrechtlicher
Haftungsinstitute..... 230****§ 14 Die Verkehrspflichtenlehre als Ausgangspunkt der
Kriterienbildung..... 251****§ 15 Kriterien amtshaftungsrechtlicher Gefahrvermeidungspflichten... 270****§ 16 Zur Verarbeitung der Verkehrspflichtenlehre im
Amtshaftungsanspruch..... 313****Fazit 337****§ 17 Zusammenfassung und Ausblick 338****Literaturverzeichnis..... 351****Sachverzeichnis..... 377**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Einleitung	1
§ 1 Problemstellung: Staatshaftung für die Verletzung von Gefahrvermeidungspflichten	2
I. Staatshaftung zwischen staatlicher und privater Verantwortung	2
II. Die „Amtspflicht gegenüber einem Dritten“ als Kulminationspunkt der Abgrenzungsschwierigkeiten.....	4
1. Die Amtshaftung als „große Generalklausel“	4
2. Die „Amtspflicht gegenüber einem Dritten“ zwischen umfassen- den Rechtspflichten und Bedürfnis nach Haftungsbegrenzung	5
3. Die Formeln der Rechtsprechung: „Zweck“ und „rechtliche Bestimmung“ des Amtsgeschäfts, „besondere Beziehung“ zum Geschädigten.....	8
4. Kritik und Deutungsversuche der Literatur: Schutznorm und besonderes Näheverhältnis	10
III. Die Fälle fehlerhafter Planung, Genehmigung und Aufsicht: Musterbeispiele der Kasuistik und Quelle neuer Kriterien.....	11
1. Unsicherheiten bei der Anwendung herkömmlicher Kriterien	11
2. Entwicklung neuer Kriterien: Vertrauensschutz, Vorherseh- barkeit und Beherrschbarkeit von Gefahren.....	12
IV. „Risikoverteilung“ als Problem und als Zurechnungsprinzip	14
1. Ambivalenz der Wertungen und Argumente: das Problem der „Risikoverteilung“	14
2. Von der Beschreibung zum Maßstab: „Risikoverteilung“ als Zurechnungsprinzip	15

V. Entwicklung von Kriterien der Risikoverteilung	16
1. Bedürfnis nach bereichsspezifischer Konkretisierung und dogmatischer Verortung des Risikogedankens	16
2. Die Verkehrspflichtenlehre als Grundlage der Kriterienbildung ..	17
VI. Vorgehensweise und Gang der Untersuchung	19
1. Eingrenzung des Fallmaterials	19
2. Bereichsspezifische Orientierung an Fallgruppen.....	20
3. Der Gang der Untersuchung	22
 Erster Teil: Übersicht zum Fallmaterial aus der Rechtsprechung	 23
 § 2 Die Haftung für fehlerhafte Genehmigungen.....	 24
I. Ausgangspunkt: der begrenzte Schutzzweck des Genehmigungsverfahrens	24
II. Erweiterung durch den Gedanken des Vertrauensschutzes.....	25
1. Die Genehmigung als „Verlässlichkeitsgrundlage“	25
2. Verallgemeinerung des Vertrauensschutzgedankens.....	28
III. Einschränkungen des gewährten Vertrauensschutzes	30
1. Die Ausklammerung von „Baugrundrisiken“	30
2. „Öffentlich-rechtliche“ und „wirtschaftliche Risiken“	31
3. Die subjektive Schutzwürdigkeit des Vertrauens.....	33
4. Insbesondere: das „Rechtsanwendungsrisiko“	37
IV. Zusammenfassung der dogmatischen Fragen	39
1. Verhältnis von Normorientierung und faktischer Gefahrschaffung.....	39
2. Flexibilität des Vertrauensschutzes: Schutzgüter und Gefahrbereiche.....	40
3. Verhältnis zum verwaltungsrechtlichen Vertrauensschutz.....	41
 § 3 Die Haftung für Planungsfehler	 42
I. Ausgangspunkt: Allgemeinbezogenheit staatlicher Planung	42
II. Partielle Erweiterung amtschaftungsrechtlichen Drittschutzes durch die Altlasten-Rechtsprechung des BGH	43
1. Der Bebauungsplan als „Verlässlichkeitsgrundlage“	43
2. Beschränkung auf einen „unmittelbaren Bezug zur Gesundheitsgefahr“	45
III. Weitere Amtshaftungsfälle aus dem Bereich der Bauleitplanung	48
1. Überplanung weiterer gefahrenträchtiger Flächen	48
2. Amtshaftung für „Schein-Bebauungspläne“?	51

IV. Zusammenfassung der dogmatischen Fragen	54
1. Verhältnis von Vertrauensschutz, Gesundheitsbezug, Vorhersehbarkeit und Beherrschbarkeit.....	54
2. Haftungsrechtlicher Vertrauensschutz bei Planung und Genehmigung.....	56
3. Verallgemeinerung der Amtspflichten: der Gefahrenabwehrgedanke	57
§ 4 Die Haftung für Aufsichtsfehler.....	59
I. Grundlinien der Rechtsprechung	59
1. Unterschiede zwischen Gesundheits- und Vermögensschutz	59
2. Insbesondere: beschränkter Schutzzweck der Wirtschaftsaufsicht	61
II. Der Rechtsprechungswandel im Bereich der Bankenaufsicht.....	62
1. Die Urteile „Wetterstein“ und „Herstatt“	62
2. Verallgemeinerung der Rechtsprechung zur Bankenaufsicht?	64
3. Der Ausschluss des Drittschutzes durch den Gesetzgeber	66
III. Weitere Aufsichtsfälle aus der Rechtsprechung.....	70
1. Amtspflichten im Zusammenhang mit der KFZ-Überwachung...	70
2. Amtspflichten der „Luftaufsicht“	73
IV. Zusammenfassung der dogmatischen Fragen	74
1. Normzweckorientierung und zusätzliche haftungsrechtliche Wertungen	74
2. Der „polizeiliche Zweck“ und seine haftungsrechtliche Bedeutung	76
3. Rechtsgutsspezifische Differenzierungen	77

Zweiter Teil: Haftungsbegründung und Haftungsbegrenzung: das Problem der Risikoverteilung..... 79

§ 5 Übergreifende Strukturen der Fallgruppen	80
I. Staatliche Gefahrvermeidung statt unmittelbarer Eingriffe	80
1. Fehlender Eingriffscharakter des Staatshandelns.....	80
2. Gefahrvermeidung: Gefahrenabwehr und Verbot der Gefahrschaffung.....	81
II. Schädigungen durch mangelnde staatliche Gefahrvermeidung als sog. mittelbare Verletzungen.....	84
1. Mittelbare Verletzungen als Zurechnungsproblem	84
2. Die Rede von Selbst- und Fremdgefährdungen.....	85
III. Unterschiede bei Gesundheits- und Vermögensschutz?.....	87

1. Ansätze und Argumente rechtsgutsspezifischer Differenzierungen	87
2. Die Unzulänglichkeit der Unterscheidung	89
§ 6 Vertrauensschutz als haftungsbegründendes Moment.....	92
I. Durchgängigkeit des Vertrauensgedankens im Fallmaterial	92
II. Amtshaftungsrechtlicher Vertrauensschutz: Versuch einer begrifflichen Präzisierung	94
1. Wirkungen: positiver und negativer Vertrauensschutz	94
2. Amtshaftungsrechtlicher als „negativer Vertrauensschutz“	95
3. „Negativer“ Vertrauensschutz im Hinblick auf Kontinuitätsinteressen?	96
III. Eigenständige Gehalte des Vertrauensschutzgedankens	98
1. Vertrauensschutz im Hinblick auf Sicherheitsinteressen	98
2. Amtshaftungsrechtlicher Vertrauensschutz im Hinblick auf Erklärungsgehalte	100
3. Das Verhältnis von Sicherheits- und Erklärungsgehalten	102
IV. Zur Bedeutung des Vertrauensgedankens für die Haftungsbegründung	104
1. Die haftungsbegründende Funktion des Vertrauensgedankens..	104
2. Die Flexibilität und Relativierung des Vertrauensgedankens....	105
§ 7 Argumente für eine Haftungsbegrenzung und ihre Ambivalenz.....	107
I. Die fortbestehende Eigenverantwortung des Bürgers.....	107
1. Verbindung von Vorteil und Risiko	107
2. Zur Problematik des Eigenverantwortungsarguments	109
II. Die Subsidiarität der Staatshaftung: anderweitiger Schutz.....	111
1. Subsidiarität im Sinne von § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB	111
2. Subsidiaritätsprobleme im Rahmen der Drittgerichtetheit	112
3. Insbesondere: das Staatshandeln als Maßnahme der Risikoverringerung	114
4. Zur Unvollständigkeit des Subsidiaritätsgedankens.....	116
III. Entscheidungsprobleme der Verwaltung	117
1. Zusammentreffen verschiedener Haftungsrisiken	117
a) Vervielfältigte Haftungsrisiken in multipolaren wie bipolaren Beziehungen	117
b) Schwierigkeiten bei der haftungsrechtlichen Einordnung	118
2. Entscheidungen unter Ungewissheitsbedingungen.....	121
a) Eingeschränkte behördliche Erkenntnismöglichkeiten.....	121
b) Die haftungsrechtliche Ambivalenz der Ungewissheit.....	123

IV. Berücksichtigung der Folgewirkungen von Staatshaftungsrisiken?	124
1. Folgen von Haftungsrisiken für das Verwaltungshandeln	124
2. Folgen von Haftungsrisiken für die Staatsfinanzen	126
3. Die Ambivalenz der Folgenargumente	128
V. Schwierigkeiten einer dogmatischen Einordnung der verschiedenen Argumente und Wertungen	129
 § 8 Das Problem der Risikoverteilung	131
I. Die Offenheit der Schadenszurechnung	131
II. Implikationen distributiver Gerechtigkeit: Erweiterung um eine gesamtgesellschaftliche Perspektive?	132
1. Staatliche Gefahrvermeidung als gesellschaftliches Verteilungsproblem	132
2. Die haftungsrechtliche Gleichbehandlung der Bürger als Gebot der Verteilungsgerechtigkeit	133
3. Bedenken gegen konkrete Folgerungen: Beschränkung des Verteilungsproblems auf das Verhältnis zwischen Staat und Geschädigtem	134
III. Das Problem der „Risikoverteilung“: Versuch einer begrifflichen Präzisierung	136
1. „Risikoverteilung“ als intuitive Umschreibung flexibler Schadenszurechnung	136
2. Versuch der inhaltlichen Klärung: der verwaltungsrechtliche Risikobegriff	137
a) Risikobegriff und polizeiliche Gefahrenabwehr	137
b) Überschneidungen und Unterschiede im Verhältnis zu den haftungsrechtlichen Gefahrvermeidungspflichten	138
3. Die haftungsrechtliche Perspektive: das „Risiko“ als Verteilungs- statt als Begriffsproblem	140
 Dritter Teil: Der haftungsrechtliche Maßstab: Risikoverteilung als Zurechnungsprinzip	143
 § 9 Der Gedanke der Risikoverteilung im Gefüge der Haftungsfunktionen	144
I. Der Risikogedanke als Zurechnungsprinzip	144
1. Die sog. Zweispurigkeit des zivilen Haftungsrechts: Verschuldens- und Gefährdungshaftung	144
2. Der Risikogedanke im Recht der Gefährdungshaftung	145

3. Verallgemeinerung des Risikogedankens: die Auflösung der Zweispurigkeit durch die „Wandlungen des Deliktsrechts“	146
4. Möglichkeiten des Risikogedankens im Bereich der Staatshaftung	149
II. Die Funktionen staatlicher Haftung	151
1. Haftungsfunktionen im privaten und im öffentlichen Recht	151
2. Ausgleichsfunktion und Rechtsfortsetzung	152
3. Die rechtsstaatliche Funktion der Staatshaftung	154
4. Präventiv- und Anreizfunktion der Staatshaftung	155
5. Zur ökonomischen Analyse des (Staats-)Haftungsrechts	158
6. Zur Verteilungsfunktion staatlicher Haftung	161
III. Zur Einordnung des Risikogedankens in das Gefüge der Haftungsfunktionen	162
1. Der Risikogedanke als Ergänzung der Ausgleichsfunktion	162
2. Die staatlichen Gefahrvermeidungspflichten bei fehlerhafter Planung, Genehmigung und Aufsicht	163
 § 10 Verwaltungsrechtliche und haftungsrechtliche Maßstäbe	 165
I. Das Problem des Verhältnisses von Primär- und Sekundärebene	165
II. Besonderheiten haftungsrechtlicher Wertungen	168
1. Das Verhältnis von Rechtsverletzung und Haftung	168
a) Keine vollständige Kongruenz haftungsrechtlicher Wertungen mit dem subjektiven Recht	168
b) Keine vollständige Kongruenz haftungsrechtlicher Wertungen mit dem objektiven Recht	169
2. Insbesondere: der „polizeiliche Zweck“ des Verwaltungshandelns	172
a) Der Anspruch auf polizeiliches Einschreiten und seine amtschaftungsrechtliche Entsprechung	172
b) Unterschiede in polizeilicher und haftungsrechtlicher Perspektive auf Gefahrenabwehr und Gefahrvermeidung	174
3. Insbesondere: amtschaftungsrechtlicher Vertrauensschutz	177
a) Ansätze einer Harmonisierung von haftungs- und verwaltungsrechtlichem Vertrauensschutz	177
b) Haftungsrechtlicher Vertrauensschutz und verwaltungsrechtlicher Rechtsschutz	178
c) Amtshaftungsrechtlicher Vertrauensschutz keine „Fortsetzung“ verwaltungsrechtlicher Wertungen und Ansprüche	180
d) Die Eigenständigkeit des haftungsrechtlichen Vertrauensschutzes	185
III. Zur Bedeutung grundrechtlicher Schutzpflichten	186

1. Der Schluss von der Schutzpflicht auf die drittgerichtete Amtspflicht	186
2. Bedenken gegen haftungsrechtliche Folgerungen	188
§ 11 Defizite bisheriger Kriterien im Bereich staatlicher Gefahrvermeidung	193
I. Die dogmatische Offenheit der von der Rechtsprechung verwendeten Formeln	193
II. Verknüpfung von Drittbezug und Schutznormtheorie	194
1. Der gesetzliche „Zweck“ als gemeinsamer Anknüpfungs- punkt	194
2. Die Vielfalt der „Schutznormtheorien“	195
III. Die Unvollständigkeit einer schutznormorientierten Kriterienbildung für das Amtshaftungsrecht	197
1. Die Ambivalenz des gesetzlich bezweckten Schutzes	198
2. Die Ambivalenz der Unterscheidung von öffentlichen und privaten Interessen	199
3. Keine Erklärung des Vertrauensschutzgedankens	202
4. Fehlende Berücksichtigung faktischer Gefährdungen und Einflussmöglichkeiten	205
IV. Rechtsverhältnisorientierte Ansätze zur Bestimmung der Drittgerichtetheit von Amtspflichten	208
1. Die Anknüpfung an ein besonderes Näheverhältnis	208
2. Grenzen des Nähekriteriums für die Aufgabe der Risikoverteilung	210
V. Zusammenfassende Stellungnahme zu bisherigen Ansätzen	213
§ 12 Notwendigkeit einer Abgrenzung von Risikosphären	215
I. Die Formulierung des Risikogedankens als staatshaftungs- rechtliches Zurechnungsprinzip	215
II. Zur Bedeutung der Strukturdivergenzen zwischen privatem und öffentlichem Haftungsrecht	219
1. Unterschiede zwischen privatem und öffentlichem (Haftungs-) Recht	219
2. Der Risikogedanke als Bestandteil auch des öffentlichen Haftungsrechts	222
III. Folgerungen für die Drittgerichtetheit als zugleich haftungs- begründendes und haftungsbegrenzendes Merkmal	225
IV. Der prinzipielle Charakter des Risikogedankens und seine Konkretisierungsbedürftigkeit	227

Vierter Teil: Entwicklung eines amtshaftungsrechtlichen Gefahrvermeidungstatbestandes 229

§ 13 Vergleichende Analyse zivilrechtlicher Haftungsinstitute.....	230
I. Zivilrechtsdogmatik als Orientierungshilfe für die Kriterienbildung.....	230
II. Der Ansatz eines rechtsgutsspezifisch differenzierten Deliktsschutzes	231
1. Orientierung am gesetzlichen System der §§ 823 ff. BGB.....	231
2. Grenzen einer Übertragung auf den Amtshaftungsanspruch	232
III. Die zivilrechtliche Sicht auf die Schutznormproblematik.....	233
1. Die Bestimmung von Schutzgesetzen nach § 823 Abs. 2 BGB.....	233
2. Grenzen der Übertragbarkeit: „Systembezogenheit“ und „Transformationscharakter“ der Schutzgesetzbestimmung.....	235
IV. Die Begründung spezifisch haftungsrechtlicher Gefahrvermeidungspflichten	237
1. Die allgemeinen deliktischen Verkehrspflichten	237
a) Von der Verkehrssicherungs- zur allgemeinen Verkehrspflicht	238
b) Dogmatische Einordnung der Verkehrspflichten	239
2. Sonderfall: die deliktische Produzentenhaftung.....	241
3. Strukturelle Parallelen zur Amtshaftung bei der Verletzung staatlicher Gefahrvermeidungspflichten	243
V. Dogmatische Impulse der Verkehrspflichtenlehre	244
1. Konturierung der „großen Generalklausel“ durch einen allgemeinen Haftungstatbestand.....	244
2. Begründung genuin haftungsrechtlicher Pflichten	245
3. Verarbeitung und gegenseitige Bezugnahme der ver- schiedenen Wertungen und Argumente	246
4. Objektivierung der Haftung.....	248

§ 14 Die Verkehrspflichtenlehre als Ausgangspunkt der Kriterienbildung..... 251

I. Leitlinien der Kriterienbildung.....	251
1. Das Zusammenspiel von Zurechnungsgründen und Ab- wägungskriterien nach der Verkehrspflichtenlehre.....	251
2. Die „Übernahme einer Aufgabe“ als Zurechnungsgrund staatlicher Gefahrvermeidungspflichten	252
3. Das „Bewegliche System“ der Abwägungskriterien	254

II. Entgegnung auf mögliche Einwände.....	256
1. Methodologische Bedenken gegen die Verkehrspflichtenlehre: Staatshaftungsrecht „aus wilder Wurzel“?.....	256
a) Zivilrechtliche Kritik an der Verkehrspflichtenlehre	256
b) Besondere Offenheit der Amtshaftung als „große Generalklausel“	257
2. Übermäßige Ausweitung der Einstandspflichten?	258
a) Zivilrechtliche Kritik an einer Überspannung von Verkehrspflichten.....	258
b) Bereichsspezifische Anpassung der Einstandspflichten aufgrund der Flexibilität der Verkehrspflichtenlehre	259
3. Strukturelle Unterschiede zwischen privatem und öffent- lichem Haftungsrecht?	260
a) Haftungsrechtliche Gefahrvermeidungspflichten als allgemeine Rechtsgrundsätze.....	260
b) Fehlende staatliche Verfügbarkeit privaten Risikowissens: ein Anwendungs-, nicht ein konzeptionelles Problem.....	261
c) Zur Berücksichtigung der fehlenden Vorteilsziehung	262
d) Fehlende Steuerungsfunktion des Amtshaftungsrechts?.....	263
e) Die Amtshaftung für die Verletzung der Verkehrs- sicherungspflicht und die Fortentwicklung zur allge- meinen Verkehrspflicht	264
III. Zusammenfassung: die Verkehrspflichtenlehre im staatshaftungsrechtlichen Kontext	267

§ 15 Kriterien amtschaftungsrechtlicher Gefahr- vermeidungspflichten..... 270

I. Die Größe der drohenden Gefahr.....	270
1. Das Ausmaß des drohenden Schadens.....	271
a) Insbesondere: die Qualität des gefährdeten Rechtsguts.....	271
b) Die zivilrechtliche Diskussion um Verkehrspflichten zum Schutz reiner Vermögensinteressen.....	271
c) Die haftungsrechtliche Bedeutung des Schadensausmaßes ..	273
2. Der Faktor der Eintrittswahrscheinlichkeit	273
a) Haftung nur bei Verdichtung zur polizeilichen Gefahr?	273
b) Der Unterschied zur polizeirechtlichen Perspektive	274
II. Die Beherrschbarkeit der drohenden Gefahr	275
1. Die Beherrschbarkeit der Gefahr als Element ver- gleichender Zurechnung.....	275
a) Tatsächliche und rechtliche Beherrschbarkeit.....	276
b) Selbstschutzmöglichkeiten des Gefährdeten (Subsidiarität). ..	278

c) Das erforderliche Maß an Beherrschbarkeit.....	280
2. Der Ursprung der Gefahr.....	280
a) Ermittlung der Beherrschbarkeit durch ergänzende Sphärenbetrachtung.....	280
b) Insbesondere: das „Rechtsanwendungsrisiko“	281
c) Insbesondere: Risiken des Rechtsverkehrs.....	283
d) Ausschluss der Amtshaftung wegen Polizeipflichtigkeit des Gefährdeten?	285
III. Die Inanspruchnahme von Vertrauen	287
1. Dogmatische Grundlagen amtschaftungsrechtlichen Vertrauensschutzes	287
a) Vertrauensschutz als Element der Bildung amts- chaftungsrechtlicher Gefahrvermeidungspflichten	287
b) Die Flexibilität des amtschaftungsrechtlichen Vertrauensschutzes.....	289
2. Bedeutung und Kreis der „Vertrauenstatbestände“	291
a) Die tatsächliche Übernahme als Anknüpfungspunkt des Vertrauensschutzes.....	291
b) Einbeziehung behördlicher Auskünfte	292
c) Nichtigte Genehmigungen	293
d) Bauleitpläne	294
e) Wahrnehmung von Aufsichtsbefugnissen	296
3. Die Schutzwürdigkeit des Geschädigten.....	296
IV. Der Gesichtspunkt der Vorteilsziehung.....	298
1. Der grundsätzliche „Altruismus“ staatlichen Handelns	298
2. Übernahmehaftung trotz fehlender Vorteilsziehung	300
3. Vorteilsziehung durch den Bürger als Argument gegen staatliche Einstandspflichten ?	301
V. Zusammenfassung und Anwendungsbeispiele	302
1. Die Behandlung von „Baugrundrisiken“	303
2. Festsetzungen in Bauleitplänen	304
3. Die verschiedenen Aufsichtspflichten	305
4. Gesetzliche Ausschlüsse amtschaftungsrechtlichen Schutzes.....	308
5. Die Behandlung von „Risikoentscheidungen“	311
§ 16 Zur Verarbeitung der Verkehrspflichtenlehre im Amtshaftungsanspruch.....	313
I. Die Verkehrspflichtenlehre im Gefüge der Amtspflichten	313
1. Bildung allgemeiner, aber relativierter Amtspflichten	313
a) Die allgemeine Amtspflicht zur Gefahrvermeidung.....	313
b) Die Relativierung des haftungsrechtlichen Schutzes.....	315

c) Das Verhältnis zur allgemeinen Amtspflicht zu rechtmäßigem Handeln.....	316
2. Gefahrvermeidungsgebot und Drittgerichtetheit.....	318
3. Angleichung von Innen- und Außenpflichten	319
a) Die mittelbare Konstruktion der Amtshaftung und ihre Kritik	319
b) Interpretation der Amtshaftung als Verbandshaftung?.....	320
II. Überfrachtung der Drittgerichtetheit?	322
1. Alternative Verortungen im Amtshaftungsanspruch	322
2. Die Unvollständigkeit der alternativen Prüfungspunkte	323
a) Das Verschuldenserfordernis.....	323
b) Die Subsidiaritätsklausel (§ 839 Abs. 1 Satz 2 BGB)	326
3. Besonderheiten des Vertrauensschutzes?.....	329
a) Der Streit um die zutreffende Verortung des Vertrauensschutzkriteriums	329
b) Vertrauensschutz als „haftungsbegründender Faktor“ im Rahmen der Drittgerichtetheit	331
III. Das Verhältnis zu bisherigen Kriterien und zu weiteren Elementen des Amtshaftungsanspruchs	334
Fazit	337
§ 17 Zusammenfassung und Ausblick	338
I. Zusammenfassung der wesentlichen Grundgedanken	338
1. Das Problem der Risikoverteilung.....	338
2. Die Formulierung des Risikogedankens als Zurechnungsprinzip	340
3. Kriterien eines allgemeinen amtshaftungsrechtlichen Gefahrvermeidungstatbestandes	342
II. Ausblick: die gesetzliche Regelung der Amtshaftung und die „Mehrspurigkeit“ des Staatshaftungsrechts	345
Literaturverzeichnis.....	351
Sachverzeichnis	377